



Mitarbeiter der GTZ/GIZ von 2003 – 2015 und während der gesamten Zeit verantwortlich für die Aktivitäten von GIZ-International Services für Afghanistan. Wohnsitz in Afghanistan von 2003 – 2008, anschließend Versetzung nach Indien mit zahlreichen Aufenthalten in Afghanistan.

Nach dem Ausscheiden aus der GIZ weiterhin in engem Kontakt zur ehemaligen wie auch jetzigen afghanischen Regierung.

Gastdozent an der Führungsakademie der Bundeswehr zu Themen, die Südasien und speziell Afghanistan betreffen.

Schriftliche Stellungnahme zur Expertenanhörung des PUA-Afghanistan am 22.09.2022, die ausschließlich auf meinen jahrzehntelangen Erfahrungen in Afghanistan und der Region Süd-Asien basiert.

Ich lege Wert auf die Feststellung, dass ich hier nicht im Auftrage des BMVg, des BMZ und/oder der GIZ agiere! Ich gebe hier ausschließlich meine private Einschätzung, die auf jahrzehntelange Erfahrungen in der Region beruht, wieder.

Das Ende unseres Einsatzes in Afghanistan, der Ende 2001 begann, muss vom Anfang her betrachtet werden, da ansonsten ein sehr verzerrtes Bild entsteht. Damit wir nicht in eine Betrachtungsfalle tappen, muss der Blick sogar noch weiter zurück gehen.

Am 15. Februar 1989, nach einer etwa 10-jährigen Besatzung verließen die letzten sowjetischen Soldaten Afghanistan. Der Abzug verlief ziemlich geordnet und ohne weiteres Blutvergießen.

Nach Abzug der Sowjets versank Afghanistan schnell in einem brutalen Bürgerkrieg. Es ging ausschließlich um Macht, Einfluss und Geld. Die lokalen Commander, gern auch als Warlords bezeichnet, mordeten, plünderten, vergewaltigten und zerstörten, um ihren Einfluss zu

vergrößern. Dabei wurden Allianzen geschmiedet, die oft nur wenige Tage oder Wochen hielten, um schnell neue Bündnisse zu schließen.

Die Bevölkerung im gesamten Land litt unter diesem unsäglichen Terror der lokalen Kriegsfürsten. Finanzieren konnten die Warlords ihre Aktivitäten durch das Auspressen der Bevölkerung, aber besonders durch den Mohnanbau, der in dieser Zeit des Terrors dramatisch anstieg.

Etwa um 1994 gründete sich aus Kandahar heraus eine Gruppe, die sich „Schüler“, also „Taliban“ nannte, um die Bürgerkriegsparteien zu bekämpfen und um den Bürgerkrieg zu beenden, was tatsächlich auch klappte. Die Taliban gehörten und gehören ausnahmslos der Ethnie der Pashtunen an, also der konservativsten afghanischen Ethnie, die mit ca. 40% die größte Gruppe darstellt. Ausgebildet sowie finanziell und logistisch unterstützt wurden die Talibankämpfer durch den pakistanischen Militärgesheimdienst (ISI), der wiederum finanzielle Mittel dafür aus Saudi Arabien und aus den USA bekam.

Das ländliche Afghanistan, also wirklich alle Gebiete, die außerhalb der wenigen großen Städte liegen, ist landesweit extrem konservativ. Hier leben die Menschen in ihren Traditionen, die oft Tausende Jahre alt sind. Alles, was wir in den vergangenen Jahren als „positive“ Entwicklung wahrgenommen haben, fand in erster Linie in Kabul statt. Schon 10 Kilometer von Kabul entfernt, beispielsweise in der Wardak-Provinz, leben die Menschen so, wie sie es schon seit Jahrhunderten gewohnt waren. Kabul und andere Städte waren für sie nie attraktiv. Sie wollten nur in Ruhe und Frieden leben. „Kabul“ wurde von der ländlichen Bevölkerung eher als ein Ort der Sünde und der Gottlosigkeit gesehen, der von Menschen geführt wird, die in erster Linie die Bevölkerung ausplündern.

In diesen ländlichen Gebieten sind die Taliban zuhause. Sie sind Bauern, kleine Handwerker, Mullahs, kleine Kaufleute.... Ruft der Dorfälteste die Männer seines Dorfes, weil es mit Nachbarn, der Polizei, der Armee oder ausländischen Truppen Ärger gibt, wird die Kalashnikov herausgeholt und alle Männer sind bereit zu kämpfen. Das hier geschriebene gilt aus meiner Sicht für mehr oder weniger alle Ethnien Afghanistans.

Weiterhin lässt sich etwas verkürzt sagen, dass jeder Taliban ein Pashtune ist, aber nicht jeder Pashtune ist ein Taliban.

Nach der Machtübernahme der Taliban um 1996 herum war der größte Teil der einfachen afghanischen Bevölkerung zufrieden. Es kehrte Ruhe im Land ein. Der Terror durch die Bürgerkriegsparteien hatte ein Ende. Aus Sicht der extrem konservativen Pashtunen war es auch nur gerecht, dass „Verbrecher“ oder Menschen, die nicht zum erzkonservativen sunnitischen Islam der Taliban standen, hart bestraft wurden.

Im ländlichen Bereich der Pashtunengebiete hat sich durch die Machtübernahme der Taliban damals wie auch heute nicht viel geändert. Hier lebten die Menschen schon immer in diesen uralten religiösen und traditionellen Strukturen. So wurde durch die Taliban auch der Drogenanbau sowie der entsprechende Konsum bis 2001 auf nahezu Null gebracht, weil er „unislamisch“ ist und gegen die pashtunischen Traditionen verstößt.

Deutlich problematischer war die Lage für die Menschen in Kabul und in wenigen anderen Städten. Hier hatten hauptsächlich die Eliten Freiheiten im Lebensstil, den es im ländlichen Bereich nie gegeben hatte. Kabul galt deshalb bei den konservativen Pashtunen als Sündenpfuhl Afghanistans. Die drakonischen Strafen der Taliban in den Städten nach der

Machtübernahme 1996 wurde aber durch die ländliche afghanische Bevölkerung nicht nur toleriert, sondern auch unterstützt.

Und dann kam 9/11. Ich wage die These, dass sich die Staatengemeinschaft ohne den grauenhaften Terroranschlag in den USA nicht für die Zustände in Afghanistan interessiert hätte. Aber die Anwesenheit von Osama Bin Laden und einiger seiner Terrorgefährten aus der Al Quida, ließen die Amerikaner Afghanistan angreifen. Die „Taliban“ waren schnell besiegt – allerdings nicht verschwunden – und die Staatengemeinschaft nahm in Afghanistan ihre Arbeit auf, ohne wirklich einen Plan zu haben, oder zu wissen, was eigentlich erreicht werden sollte.

Ich gehe jetzt nicht auf die großen Konferenzen, wie die Petersberg-Konferenz ein, sondern konzentriere mich auf unsere Arbeit vor Ort und auf die Wahrnehmung durch die afghanische Bevölkerung:

Bei meinen vielfältigen Reisen im gesamten Afghanistan wurde ich schon ab 2003 immer wieder von vielen Dorfältesten angesprochen, warum „wir“ denn die Verbrecher aus der Bürgerkriegszeit in alle relevanten Posten der Regierung gebracht hätten, denn das wären doch schließlich die Verantwortlichen gewesen, die Afghanistan nach Abzug der Sowjets in Schutt und Asche legten. Voller ungläubigem Interesse nahmen die Bauern nun auch zur Kenntnis, dass der illegale Mohnanbau wieder durch die Verantwortlichen in der Regierung gern gesehen und gefördert wurde.

Als Verantwortlicher seitens der GIZ für das von der Weltbank finanzierte und von GIZ-International Services implementierte „National Solidarity Program“ haben wir nahezu alle Dörfer Afghanistans erreicht. In Absprache mit den Dorfältesten konnten wir weitgehend problemlos im gesamten Land arbeiten. Eine große Anzahl unserer Gesprächspartner war sicherlich den Taliban zuzuordnen. Alle getroffenen Absprachen wurden aber eingehalten. Unsere weiblichen Mitarbeiterinnen hatten in der Regel die Möglichkeit, mit den Frauen eines Dorfes zu sprechen, um von denen zu hören, wie wir helfen konnten, damit sich das Dorf sinnvoll entwickeln kann. Auch hier wurden getroffene Absprachen immer eingehalten.

Über ein von den Vereinten Nationen finanziertes Vorhaben konnten wir Tausende von ehemaligen Kämpfern beruflich im gesamten Land rehabilitieren und reintegrieren. Unsere afghanischen Mastertrainer zogen dafür in die Dörfer und bildeten dort Männer (aber auch Frauen) in den unterschiedlichsten Berufen aus, die im ländlichen Afghanistan gebraucht werden. Auch hier galt, dass Absprachen immer eingehalten wurden. Alles, was die Menschen in den o.g. Vorhaben gelernt haben, hat auch heute noch eine hohe Relevanz für sie.

Aus Sicht der westlichen Welt waren besonders die Bildungsvorhaben für Mädchen und Frauen von besonderer Bedeutung. Aus der traditionellen afghanischen und männlichen Sicht, die besonders in den ländlichen Gebieten verankert ist, wurden diese „westlichen Bildungsideen“ für Mädchen und Frauen als störend und unislamisch wie auch gegen die Tradition der jeweiligen Ethnien gerichtet, betrachtet. Deshalb wurden auch immer wieder Angriffe gegen Mädchenschulen durchgeführt.

Trotzdem wurden aber (auf dem Papier) landesweit Tausende von Schulen gebaut und durch die zahllosen internationalen Agenturen, die in Afghanistan tätig waren, bezahlt. Mir

sind zahlreiche Fälle bekannt, dass Gelder nur auf der Basis von vorgelegten Fotos an lokale Bauunternehmer und an lokale Machthaber flossen. Die Gefahr „enttarnt“ zu werden, war denkbar gering, da die meisten EZ-Experten der großen internationalen Agenturen nie ihre Büros in Kabul verlassen durften. Ich wurde mehrfach von Kolleginnen und Kollegen dieser Agenturen gebeten, mir im „Feld“ Schulen oder Kinderheime anzuschauen. In der Regel fand ich vor Ort nichts vor. Die Schulbaustatistiken und die Angaben, wie viele Mädchen diese Schulen besuchten, wurden dennoch nicht korrigiert. Zu peinlich wäre es gewesen, wenn Spender oder Auftraggeber das erfahren hätten. So entstanden sehr hohe Zahlen von Mädchen, die die Schule besuchten, die tatsächlich nie eine Bildungseinrichtung von innen gesehen haben.

In Städten wie Kabul, Kunduz, Mazar e Sharif und Herat sah es durchaus anders aus. Hier hatten Mädchen aus den etwas besser gestellten Familien die Möglichkeit, Schulen zu besuchen. In meinen Gesprächen, die ich fast täglich mit afghanischen Entscheidern führe, weise ich immer sehr deutlich auf die Notwendigkeit hin, dass die Mädchen wieder in die Schule müssen.

Es ließen sich zahllose Vorhaben der deutschen Entwicklungszusammenarbeit benennen, die für die Menschen in Afghanistan seit vielen Jahrzehnten eine sehr hohe Bedeutung hatten. Nicht zuletzt durch die GTZ/GIZ wurde der großartige Ruf, den Deutschland immer noch in Afghanistan hat, begründet. Auch jetzt, nach dem Abzug der internationalen Staatengemeinschaft, genießt Deutschland bei allen Bevölkerungsgruppen ein sehr hohes Ansehen. Die Hoffnung bei den Menschen ist sehr groß, dass die deutschen EZ möglichst bald mit ihrer Arbeit wieder beginnt. Mein Dank geht besonders an die lokalen Mitarbeiter der GIZ, die in Kabul und Mazar e Sharif tapfer die Strukturen der deutschen EZ auf kleinster Stufe aufrecht erhalten.

Die Zusammenarbeit der deutschen EZ mit den zuständigen Vertretern der Bundeswehr war gut, hätte aber noch besser sein können. Mehr noch als bei uns Deutschen praktizierten andere Länder, wie z.B. Schweden, Dänemark, Norwegen und die Niederlande den sogenannten „Comprehensive Approach“, der nicht nur das ressortabgestimmte Verhalten umfasst, wie es so überwiegend in Deutschland gesehen wird, sondern tatsächlich die umfassende Abstimmung vor Ort mit den Partnernationen, aber auch mit allen relevanten Akteuren der lokalen Strukturen. Die deutsche EZ hat diesen „Comprehensive Approach“ schon seit Jahrzehnten praktiziert, da sie ansonsten nie hätte erfolgreich sein können. Dass wir praktisch nie zusammen mit der Bundeswehr im „Feld“ waren, lag daran, dass alle Militärs von der überwiegenden Mehrheit der afghanischen Bevölkerung als Besatzer, die notfalls bekämpft werden müssen, gesehen wurden. Diesem Risiko konnten wir uns nicht aussetzen, zumal sonst nicht nur wir gefährdet gewesen wären, sondern auch eine weitere Zusammenarbeit mit der zivilen Bevölkerung unmöglich gewesen wäre. Diese Haltung wurde auch von der deutschen militärischen Führung akzeptiert.

Afghanistan braucht dringend eine Entwicklungszusammenarbeit, die es den Menschen ermöglicht, durch einfache Beschäftigungen, beispielsweise im Bereich der infrastrukturellen Verbesserung, Einkommen zu generieren. Mit diesem Geld, das durch unser Personal täglich ausgezahlt werden müsste, könnten die Familien auf dem Markt Nahrung für ihre Familien kaufen und diese ernähren. Dadurch würde auch die lokale Wirtschaft gestärkt werden.

Mit einer „modernen“ EZ hat dieser Ansatz nichts zu tun, aber Afghanistan ist auch nicht modern, sondern in weiten Teilen eher einer Zeit zuzuordnen, die Jahrhunderte zurück liegt.

In Afghanistan gibt es in den Dörfern „demokratische Strukturen“. Der Dorfälteste wird gewählt. Funktioniert er nicht, wird er durch die lokale Jirga abberufen. Besonders über das o.g. NSP haben wir auf diese demokratischen Strukturen gesetzt und damit gute Erfahrungen gemacht. Hier anzusetzen wäre eine Möglichkeit, um langsam, aber sicher einen Weg des „State Building“ zu initiieren.

Derzeit haben wir in Afghanistan die Situation, dass es innerhalb der Talibanführung heftige Machtkämpfe gibt. Es wirkt so, als ob die „moderate“ Fraktion, die auch für eine behutsame Öffnung der Schulen für Mädchen und eine Integration der Frauen in den Arbeitsmarkt plädiert, zurückgedrängt wird. Die extremistische Fraktion dagegen arbeitet in Richtung „Mittelalter“ und befürwortet eindeutig eine Rache an allen Afghanen, die für die westlichen Streitkräfte wie auch für westliche Regierungen und deren nachgeordnete Einrichtungen gearbeitet haben. Die Racheakte würden und werden dann nach den Gesetzen der Scharia vollzogen werden.

Eine wieder neu beginnende Entwicklungszusammenarbeit Deutschlands mit Afghanistan böte die Chance, dass allein durch unsere Anwesenheit sich die sehr militanten Kreise der Taliban deutlich zurückhalten würden.

Afghanistan versinkt derzeit in Hunger und Elend. Ein Neustart unserer entwicklungspolitischen Aktivitäten könnte auf jeden Fall helfen, das Elend für die Bevölkerung ein wenig zu lindern und gleichzeitig dabei helfen, Afghanistan politisch zu stabilisieren.